

Dieser Sieg Frankreichs aber kann sehr leicht zum Ende seiner Hegemonieträume werden, wenn nicht etwa noch der Ablauf des spanischen Zwischenfalls durch unvorhersehbare Zufälligkeiten gehindert wird. Zwangsläufig muß sich nämlich aus der französischen Machtposition in Spanien, selbst wenn Frankreich nicht überreicht in Marokko „erben“ will, eine Zuspitzung der für England lebenswichtigen Mittelmeerfrage ergeben. Frankreich wird dann eines, und zwar gar nicht so fernem Tages um dieser Frage willen kämpfen müssen, ob es will oder nicht. Bei diesem Kampf aber kann ihm seine militärische Überlegenheit zu Lande gar nichts nützen; ob es in der Luft tatsächlich so sehr, wie man annimmt, England überlegen ist, steht dahin. England hat seine defensive und offensive Ausrüstung nicht vernachlässigt, im Gegenteil mit allen Mitteln gefördert.

Gibraltar ist zu einer erstklassigen Basis für stärkste Kampfflugzeuge ausgebaut, die zu Englands Mittelmeerflotte gehörenden Flugzeugmuttergeschiffe sind die besten der Neuzeit, an Schnelligkeit, Fassungsvermögen, Abwehrkraft jedenfalls allen überlegen, die Frankreich aufbieten könnte, der Luftschutz Englands ist, den Manövererfahrungen nach zu urteilen, glänzend organisiert und soll tadellos funktionieren. Am wichtigsten und entscheidendsten aber ist, daß Frankreich an Seestreitkräften England nichts auch nur halbwegs ebenbürtiges entgegen stellen kann. Frankreichs maritime Streitmacht ist sowohl in sachlicher, wie personeller Hinsicht durchaus Minderklasse. Seit Jahrzehnten hat man bezüglich des Aufbaues und Ausbaues der französischen Seestreitkräfte immer nur experimentiert. Bald wurde der Kreuzer, bald der Schlachtschiffbau gefördert, ganz nach den wechselnden Ansichten der wechselnden zivilen Marineminister und deren Claque. So fehlt die Einheitlichkeit und erst recht eine straffe, systematische Schulung der französischen Flotte.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es durchaus verständlich, wenn Frankreich auch ein Flottenabkommen sabotiert, das es in seiner Bewegungs- und Dispositionsfähigkeit hindern müßte, während die gut und homogen aufgezogenen Marinen Englands und Italiens leichter damit fertig werden könnten. Frankreich müßte natürlich die wohlbekannten Schäden ausmerzen und sich eine wirklich homogene Flotte schaffen. Dazu ist natürlich viel Geld nötig — das ja Deutschland liefert — und Zeit, die allerdings sehr knapp ist, vor allen Dingen aber völlige Handlungsfreiheit.

Aus dem weiter oben Gesagten rückt nun aber auch die gesamte orientalische und afrikanische Nachkriegspolitik Frankreichs in die richtige Beleuchtung. Doch auch Englands Nachkriegspolitik erweist sich als zielbewußt, logisch und zweckentsprechend, was von Kennern der britischen Arbeitsmethoden wohl nie bezweifelt worden ist.

Solange die britische Streitmacht insgesamt noch nicht den Lehren des großen Krieges gemäß neu geordnet, umgestellt war — man bedenke nur einmal die durch die Kriegserfahrungen bedingte Veränderung der Kampfpraktik, die größeren und veränderten Ausnutzungsmöglichkeiten modernster Waffentechnik usw. — war um des Endzieles willen zeitweise und bedingungsweise Nachgiebigkeit der britischen Politik eben erforderlich. Aufgabe von Prinzipien? Nun, wer sich in der Politik an Prinzipien klammern will, soll sonst was werden, aber die Arena politischen Kampfes meiden.

Mutter.

Die größte Wohltat, die Gott einem Menschen in der Natur zuzumenden kann, ist ohne Zweifel das Geschenk einer wahrhaft christlichen Mutter. Eine Bestätigung dieses Wortes finden wir in dem zum Herbst erscheinenden Lebensbild des Evangelisten Heinrich Dallmeyer*). In dem Abschnitt: „Kinderzeit“ schreibt der Verfasser, Pfr. Ruprecht: „Mit ganz besonderer Liebe hing der kleine Heinrich an seiner Mutter. In ihr verwirklichte sich das Wort des Apostels Petrus an die Frauen (1. Petr. 3), besonders der schöne 4. Vers: „Der verborgene Mensch des Herzens unverrückt mit sanftem und stillem Geiste.“ Sie hatte ein paar leuchtende, tiefe Augen und ein sonniges, liebevolles Wesen. Der kleine Junge setzte sich zuweilen als Kind vor seine Mutter und betrachtete, ohne daß sie es merkte, ihre schönen Augen. Trotz der großen Arbeitslast, die auf ihr lag, war sie doch jederzeit für ihre Kinder da und wußte jedes nach seiner Eigenart zu behandeln. So wurde die ernste Strenge des Vaters auf beste ergänzt.“

Ein stilles Gottvertrauen erfüllte ihre Seele und vertiefte sich immer mehr in den Stürmen und Kämpfen des Lebens. Ihr häufiges Bekenntnis war: „Wie der Herr will!“ — nicht als Redensart, sondern als der Ausdruck ihrer innersten Seelenhaltung gegenüber ihrem Gott. Sie war eine fröhliche Geberin, der Wohltun und Helfen eine Lust war.

Sie wurde auch von andern hoch geschätzt. In der Umgebung galt sie für eine weise Frau. Der Landrat des Kreises Kiel, Baron von Heinke, der ein gläubiger Christ war, ging gerne im Hause des Landpostboten Joachim Dallmeyer ein und aus, weil er den Verkehr mit den schlichten, aber charakterfesten Christen zu schätzen wußte. Er schenkte dem Vater einmal einen Bandpruch mit dem „Lob des Weibes“ aus den Sprüchen Salomos Kap. 31. Er wollte damit den Vater erfreuen und vor allem die Mutter ehren. Wie gerne hörte es noch später der erwachsene Sohn, als ihm ein Prediger von der Mutter sagte: Sie ist eine Perle unter den Frauen.

Der Mutter, die ein beträchtliches Stück seines Lebens begleitet durfte, vertraute Heinrich seine ersten kindlichen Eindrücke an, von ihr empfing er die ersten und tiefsten Glaubenseindrücke, von ihr ließ er sich willig leiten

*) Zum Dienst bereit! Werden und Wachen des Evangelisten Heinrich Dallmeyer. Sonnenweg-Verlag, Berlin NW. 6.

Wie wahr ist doch das oben zitierte Wort Spenglers von der in „ungeheuren Spannungen liegenden Welt!“ Wir sehen, daß die Spannung tatsächlich mit Kriegsende nicht aufgehört hat. Der amerikanische Partner zwar sich zurück, Italien war zunächst durch die Neuordnung seines Staatswesens gebunden, aber zwischen England und Frankreich setzte ein zähes und andauerndes Ringen um die Vorhand ein, das natürlich genug sich um den Mittelmeerraum konzentrierte. England hatte seine Schwierigkeiten in Ägypten und Palästina, Frankreich in Syrien und Marokko, wobei durch die Begleitumstände sichtbar wurde, daß sich die lieben Verbündeten gegenseitig „viel Viebes und Gutes“ taten.

Nach außen hin freilich waren sowohl Frankreich wie England bemüht, die Fortdauer ihrer „entente cordiale“ zu unterstreichen und sie vor aller Welt zu zeigen, namentlich jedes Mal, wenn es galt, Deutschland niederzuhalten. Die lebhafteste Beteuerung des „herzlichen Einvernehmens“ und ihre tatsächliche Auswirkung konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es damit nicht weit her ist. Ein Grund für das Festhalten daran ist bereits oben genannt, ein anderer, ebenso wichtiger für England war die bis dahin ungelöste indische Frage. Zwar hat sie inzwischen noch keine endgültige Lösung gefunden, man ist ihr aber ein gut Stück näher gekommen. Jedenfalls darf wohl behauptet werden, daß die Gefahr einer Flankenbedrohung durch Indien für absehbare Zeit beseitigt ist, denn die Dinge werden dort den gewünschten Verlauf nehmen und Zustände schaffen, die britischerseits für tragbar gehalten werden. Der Zwiespalt im Gandhi'schen Lager und die immer wieder auftauchenden schicksalhaft bedingten Gegensätzlichkeiten zwischen den moslemischen und hinduistischen Bewohnern sind die besten Garantien dafür. Ein dritter und letzter Grund mag in der, auch Englands Bewegungsfreiheit hemmenden, Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage gefunden werden. Man sollte allerdings diesem Grunde keine allzu große Bedeutung beimessen, denn schließlich verfügt England noch über genügend stille Reserven.

Der Brite kann daher jetzt seine Zeit und sein Bemühen auf die Austragung der Differenzen verwenden, die aus der unausgeglichenen Abrechnung um den „Siegespreis“ entstanden sind. Man muß sich klar machen, daß kein Machtstaat auf die Dauer ruhig zusehen kann, daß sein Partner, der doch nur durch sein Eingreifen vor dem Ueberhandnehmen bewahrt wurde, jahraus jahrein den größten Anteil der Tributzahlungen einheimst. Volends unerträglich aber muß es erscheinen, daß diese Tributzahlungen dazu verwandt werden, neue eigene Rüstungen und die der Vasallen zu finanzieren, Rüstungen, die der Bekämpfung des früheren Kampfgenossen dienen sollen.

In Frankreich scheint man indessen nicht genügend die Zähigkeit und Zielsicherheit britischen Willens in Rechnung zu stellen, auch von den eigenen Erfolgen zu sehr berauscht zu sein. Man ist mächtig geworden — aber nur durch Anderer Hilfe; man ist sehr wohlhabend geworden, aber nur durch die deutschen Tributzahlungen; man hat rings um Mitteleuropa seine Bundesgenossen sitzen — aber auch nur wieder dank Deutschlands Zahlungen und nun ist auch das spanische Spiel geplatzt. Man wiegt sich in dem Glauben, im französischen Afrika eine absolut gute und militärisch wertvolle Reserve zu besitzen — aber dieses gewaltige schwarze Heer kann sich

und beeinflussen. Ihr Bild begleitete ihn ins Leben hinaus, bis in die nächtlichen Träume hinein.

Als kleiner Junge sagte Heinrich einmal zur Mutter: „Wenn ich einmal groß bin, dann will ich genauso aussehen wie mein Vater. Ich will genau denselben Bart haben wie er.“ Weiter kam aber Heinrich nicht: die Mutter unterbrach ihn mit den Worten: „Junge, auf den Bart kommt es nicht an; wenn du so werden willst wie dein Vater, dann mußt du noch ganz anders werden!“

Mit 5 Jahren sah Heinrich einmal in der Stube zwischen seinen Spielsachen. Die Mutter saß mit dem Strickstrumpf in der Hand neben ihm und sang das Lied:

Wo ist Jesus mein Verlangen,
mein Geliebter und mein Freund?
Ach, wo ist er hingegangen,
wo mag er zu finden sein?

Der kleine Junge stand von seinem Stuhl auf und eilte auf den Schoß der Mutter. Traurig schaute er sie an, weil er auch in ihrem Antlitz eine Traurigkeit sah, die in diesem Lied ihren Ausdruck fand. Er dachte bei sich: Jetzt muß es nicht gut stehen, wenn der geliebte Freund meiner Mutter nicht da ist. Dieses Lied hörte er noch oft in stillen Stunden von seiner Mutter singen, und es grub sich tief in sein junges Kinderherz hinein.

Unter diesem stillen Einfluß der Mutter entwickelte sich die Innigkeit des Gemütes, die tiefe Hochachtung vor der Frau und die Liebe zum geistlichen Lied, die später Heinrich Dallmeyer ausgezeichnet haben.

3. Konferenz christlicher Philologen in Braunschweig am 6. und 7. April.

Als Auftakt zu der Großen Braunschweiger Konferenz Evang. Akademiker trat am 6. und 7. April die Konferenz Christlicher Philologen unter Vorsitz von Oberstudiendirektor Pastor Kühne-Hermannswerder zusammen.

Seit der 1. Tagung 1927 in Salzaufen ist es mancherorts, besonders im Rheinland zur Bildung örtlicher Arbeitsgemeinschaften von Lehrern und Lehrerinnen an höheren Schulen aller Art gekommen, die Leben und Beruf vom Evangelium her bestimmen lassen wollen. Nicht in vereinsmäßiger Bindung, nicht festgelegt auf ein bestimmtes schulpolitisches Ideal, noch verkauft an

eines Tages gegen seine Exerziermeister wenden, und wird es tun.

Unerklärlich muß es erscheinen, daß die sonst so nüchtern und genau rechnenden französischen Politiker diese bedenklichen „Aber“ übersehen haben und nicht wissen wollten, daß Frankreich einer britisch-italienischen Koalition gegenüber keine guten, geschweige denn sicheren Chancen hat. Bedenklicher ist aber noch, daß bei einem Konflikt Frankreich ganz gewiß keinerlei Sympathie „in der Welt“ finden wird. Vor allen Dingen wird Amerika, allen sonstigen Differenzen zum Trotz, England jegliches Wohlwollen entgegen bringen. In weitgehendstem Maße hat England seine Verpflichtungen Amerika gegenüber erfüllt, während es Frankreich nicht nur sehr daran fehlen ließ, seiner Zahlungspflicht zu drücken. In derlei Sachen aber versteht Amerika keinen Spaß.

Vor einigen Jahren sprach man viel davon, daß sich Frankreich für den Fall eines kombinierten anglo-französischen Vorgehens die Waffenbrüderschaft Japans verpflichtet habe. Das war zu der Zeit, als man glaubte, die Zuspitzung der Verhältnisse im pazifischen Raum müßte sehr bald zu einem amerikanisch-japanischen Zusammenstoß führen. Es ist darüber still geworden, nicht etwa, weil die Spannungen beseitigt sind, davon kann keine Rede sein, sondern, weil beide Parteien anderweitig mehr in Anspruch genommen sind. Da Japan aber bei einem Mittelmeerkonflikt kaum auf seine Kosten kommen würde, es außerdem in absehbarer Zeit Gründe dafür hat, sich nicht an England zu reiben, so fällt dieser, maritim zweifellos wertvolle, Bundesgenosse für Frankreich aus.

Wie dem auch sei, die vorhandenen Spannungen haben sich so verdichtet, daß eine Entladung vielleicht noch einige Zeit aufzuhalten, aber keinesfalls zu verhindern ist. Glücklicherweise sind wir nicht gezwungen, Partei zu ergreifen, haben auch keinerlei Veranlassung, irgend einem der Kontrahenten besondere Sympathie entgegenzubringen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Ablauf der Dinge uns Chancen bieten, die wesentlich unser eigenes Ringen um Freiheit beeinflussen können. Deshalb heißt es: „Aufpassen!“

Brotpreis wird wieder gesenkt.

Vereinbarungen mit den Berliner Bäckern und Mählern. Die Verhandlungen des Reichsernährungsministers Schiele mit den Berliner Bäckern und Mählern hatten folgendes Ergebnis:

Die Roggenmüllern erhalten aus den Beständen der Getreidehandelsgesellschaft Roggen angeliefert mit der Verpflichtung das Mehl (Typ 0/1) zum Preise von 27 Mark ab Mühle oder von 28 Mark frei Bäckerei netto Kasse zu liefern. Dieses Mehl darf an solche Betriebe abgegeben werden, die den vom Brotverband der Bäckereimeister seinen Mitgliedern empfohlenen Brotpreis nicht überschreiten. Der Brotverband hat sich seinerzeit verpflichtet, sich dafür einzusetzen, daß vom 18. Mai ab das Brot zu einem Preise von 47 Pfennigen abgegeben wird. Ueber die Mählerei

Dr. Brüning

sprach gestern in einer stark besuchten Zentrumsversammlung in Cloppenburg. Wir werden auf die Rangliste ihrer besonderen politischen Bedeutung wegen morgen näher zurückkommen.

eine pädagogische, psychologische oder theologische Zeitströmung, ringt der christliche Philologe darum, in seiner Haltung in Leben, Erziehung und wissenschaftlicher Vertiefung Gott als seinen Herrn anzuerkennen.

In 2 sich schneidenden Kurven bewegte sich die Tagung. Dr. Jarausch-Berlin sprach über „Das Ringen unserer Zeit um Erziehung und Schule“. Liberalismus, Entschiedene Schulreformer: beide Strömungen beherrschten die Preussische Schulreform von 1925, die uns auf einer geficherten Insel festhalten will, obwohl die Wellen schon weitergehen. Auch die Sozialistische und katholische Pädagogik scheitern an einer falschen Einstellung zum Menschen. Doch wie steht es mit einer „evangelischen“ Pädagogik, mit einer Pädagogik „vom Glauben her“? Auch hier kommen wir ganz in die Fragewindung. Der Glaube ist nicht eine immer strömende Kraft. Wer sagt uns, daß dieser Glaube immer „heiliger Geist“ ist? Glaube kann nie zu fester wissenschaftlicher Stütze werden. Er bleibt immer nur das Wunder.

An diese Tage knüpfte Landesbischof D. Rendtorff-Schwerin an in seinem Vortrag „Grundforderungen des Evangeliums an Erziehung und Schule“. In 5 Leitfäden deckte er die Grundlagen des Erziehungsamtes auf und führte darin die Arbeit an einer Evang. Pädagogik wesentlich über die bisher erreichte Linie hinaus.

1. Wir sind Gottes Geschöpfe. 2. Wir sind in der Sünde. 3. Es gibt Vergebung: Ich bin absolut unfähig, Erzieher zu sein; ich bin schuld, daß das mir anvertraute Kind auch unter der Sünde steht; aber um der Vergebung willen wagen wir es doch! Sie gibt Kraft zum Wagnis, zur Gestaltung, zum Leben, zum Gehorsam. 4. Es gibt Kirche! Es gibt in dieser Welt Ordnung, die der organisierten Sünde gegenübersteht! In der Kirche ist neue Befähigung der Welt auf Grund der Vergebung! Das Wagnis des Erwerbs ist nicht mehr das anmaßende Werk eines einzelnen, sondern kommt aus der Gemeinde heraus. Von der Kirche aus als dem großen Wagnis, Gottes Ordnung zu verwirklichen, kommt die neue Entdeckung der Erziehung. 5. Es gibt Hoffnung! Sie zeigt sich in der Stellung Luthers: Es glänzt nicht überall, aber es wird gepugt! in der Haltung des: Dein Reich komme! Dein Wille geschehe!

In vielfacher Weise ergänzte vor allem Frau von Tilling die Linien des Berichtes. Der Ausklang der Tagung leitete dann in die Große Konferenz hinüber. — in.

Ausschreitungen

Madrid, 10. der neu gegründeten Zeitung „ABC“ Ausschreitungen. Herrin dieser Stunden durch den König aus dem men dagegen Sichelte, in der Menschen umfaßte die M. prägte und ve im letzten Romen werden konnten monarchischen Bürgergarde ein wurde, der es ab den abzubringen der Zeitung „M. besetzt hatte. truppen aus den und mehrere Per ist der Madrider len Tausenden In befindlichen In protestiert und rechtsrepublikan Diese Vorgänge Spannung zwisch

In ruhig

Curtius antwort

Reichsaussch. Bankett des v. Vereins der a. seiner Rede an zur Frage der sprechen. Wenn erfolgen müßte, die Bormüße st. entschieden zuri

Minister C. Anerkennung d. Zollunion durc wirtschaftliche Deutschland stän den Arbeitslostrationen. Abfah sei das Ziel, daß wir Macht zeuge von völli Deutschlands u

Die Unab durch die Zoll Dunkten eine

Dienst am

Mehr als 3 Schwierigkeiten lassen. Damit ist jahren gegenüber aber ist diese im stärkster Einwan der Welt erreicht stark der Auswa Reich ist. Er ma Beratungsstelle für ratungsstelle für Straße 14, und lauf dieses Jahre 16 000 Länderaus konnte durch He idrft Deutschland durch eine umfa lich ergänzt w wurde durch die praktische Wirk Auswanderungsp der Auswanderer Hafenstädten in Auswanderermiss und Bremen, G Aus- und Rückw in 10 187 besonde zu kommen 111 9 sich die Auswand genommen haben 7 318 Auswander Zahl der Nachfor trennung. Es ist Schwierigkeiten unternehmenen führt werden. Di von unläuterer rigkeiten häufige Vereine leisten ei einen Einblick g Voreinsendung de für Evangelische burger Straße 1

Neue Gärung in Spanien.

Ausbreitungen gegen die monarchistische Vereinigung in Madrid.

Madrid, 10. Mai. Bei einer Wahlpropagandasahrt der neu gegründeten unabhängigen monarchistischen Vereinigung, zu deren Mitgliedern der Besitzer der Madrider Zeitung „ABC“ gehört, kam es am Sonntag zu schweren Ausschreitungen. In vier Kraftwagen fuhren mehrere Herren dieser Vereinigung in den ersten Nachmittagsstunden durch die Hauptstraßen, wobei sie Hochrufe auf den König ausbrachten. Vereinzelt Republikaner nahmen dagegen Stellung, worauf sich eine Schlägerei entwickelte, in deren Verlauf es zu einem mehrere tausend Menschen umfassenden Aufruhr kam. Schließlich verbrannte die Menge die Autos der Monarchisten, verprügelte und verletzte deren Führer, die von der Polizei im letzten Moment noch mit einem Gefängnisauto gerettet werden konnten. Als die wütende Menge das Haus der monarchistischen Vereinigung anzünden wollte, griff die Bürgergarde ein, die mit Pfeifen und Schreien empfangen wurde, der es aber schließlich doch gelang, die Anstürmenden abzuwehren. Darauf zog die Menge vor das Gebäude der Zeitung „ABC“, um dieses in Brand zu stecken. Auch hier griff die Bürgergarde ein, die die Zeitung zum Schutz besetzt hatte. Es soll angeblich hierbei von den Polizeitruppen aus dem Gebäude des „ABC“ heraus geschossen und mehrere Personen verletzt worden sein. Um 18,30 Uhr ist der Madrider Hauptplatz, die Puerta del Sol, von vielen Tausenden Demonstranten gefüllt, die vor dem dort befindlichen Innenministerium gegen die Bürgergarde protestiert und in „Nieder-“ und „Tot“-Rufe gegen den rechtsrepublikanischen Innenminister ausbricht.

Diese Vorgänge werden die ohnehin vorhandene Spannung zwischen den gemäßigten republikanischen und

radikalsozialistischen Kabinettsmitgliedern noch wesentlich erhöhen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dadurch auch das beabsichtigte Zusammengehen der bürgerlichen und sozialistischen Republikaner mit gemeinsamen Listen für die Wahlen zur Nationalversammlung gefährdet wird.

Polenflugzeug beschlagnahmt.

Der Pilot, ein polnischer Hauptmann, festgenommen.

— Königsberg, 11. Mai.

Die deutsche Grenzbeobachtung ist abermals durch die Landung eines polnischen Flugzeugs beunruhigt worden. Zu der neuen Grenzverletzung teilt das Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen mit:

Am 9. Mai 1931 um 17 Uhr 15 ist ein polnisches Militärflugzeug Nummer Wibault 70el an der Chaussee Mahrau-Samrodt etwa 12 Kilometer südlich von Preußisch-Holland gelandet. Das Militärflugzeug ist ein Einflieger-Hochdecker und war nicht armiert. Der Flugzeugführer, ein polnischer Hauptmann, gibt zu, die Ueberfliegung des Flugzeuges von Warthan nach Graudenz beabsichtigt zu haben. Er behauptet, daß der Kompaß nicht in Ordnung gewesen sei und er deshalb deutsches Hoheitsgebiet irrtümlich überflogen habe. Die Landung selbst erfolgte wegen Defektes der Deltazuführung. Lichtbild-Kamera, Waffen und Karten wurden nicht mitgeführt. Dagegen hatte der Flieger eine Taschepistole. Das Flugzeug wurde beschlagnahmt, der Flugzeugführer festgenommen. Während der Ueberfliegung des Hoheitsgebietes herrschte kläres Wetter. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

In ruhiger Haltung nach Genf.

Curtius antwortet Briand. — Ausfrage an die Vertreter der Auslandspresse.

— Berlin, 11. Mai.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wohnte einem Bankett des vor 25 Jahren in Berlin gegründeten Vereins der ausländischen Presse bei und kam in seiner Rede auf die letzten Ausführungen Briands zur Frage der österreichisch-deutschen Zollunion zu sprechen. Wenn auch die sachliche Erwiderung in Genf erfolgen müsse, so müsse Deutschland doch schon heute die Vorwürfe über die Form des deutschen Vorgehens entschieden zurückweisen.

Minister Curtius begrüßte dann die erstmalige Anerkennung des wirtschaftlichen Charakters der Zollunion durch Briand, tatsächlich hätten ja auch wirtschaftliche Räte zu dem Zollprotokoll geführt. Deutschland stünde unter dem Geißel der furchterlichen Arbeitslosigkeit und dem Druck schwerster Reparationen. Abwas für unsere Arbeit, Markterweiterung sei das Ziel, das wir anstreben. Die Auffassung, daß wir Wirtschaftspolitik mit unserem Plane verfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit für die Lage Deutschlands und Österreichs.

Die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs werde durch die Zollunion nicht beeinträchtigt. In welchen Punkten eine Verletzung der Verträge und des Gen-

fer Protokolls vom Oktober 1922 vorläge, sei von den Gegnern des Planes bis heute noch nicht klargestellt worden. Österreich und Deutschland seien in Ruhe den Verhandlungen des Völkerrundrates entgegen. Auf keinen Fall gehe es aber an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdrängen.

Die deutsche Delegation werde ebenso wie die österreichische in Genf alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen und sich an solchen Arbeiten beteiligen. Er, der Reichsaußenminister, habe wiederholt seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß neben regionaler Verständigung zusammenfassende Pläne für zentrale Aufgaben erwünscht wären. Er bedauere nur, daß das französische sogenannte Gegenprojekt der Reichsregierung noch nicht zugänglich gemacht worden ist.

Minister Dr. Curtius beendete dann seine Rede mit einem Appell an die Auslandspreise, die Welt über die wahren Absichten Deutschlands und Österreichs und den Umfang unserer Not aufzuklären. Deutschland sei auf das härteste an einem friedlichen Ausgleich aller Spannungen, einer Hebung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt und einer fortschrittlichen gleichberechtigten Entwicklung der Völker interessiert.

Kommunistischer Straßenterror.

Kommunistischer Feuerüberfall auf Rote-Kreuz-Kolonie. — 130 Zwangsgestellungen.

Limbach, 11. Mai. Anlässlich einer nationalsozialistischen Kundgebung in Limbach am Sonnabend und Sonntag kam es am Sonnabend abend zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. In der Chemnitzer Straße wurden auf einige SA-Leute mehrere Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Später ist ein Auto mit Infassen vom Roten Kreuz, die von einer Uebung kamen, zwischen Limbach und Burgstädt von Kommunisten, die im Straßengraben anscheinend auf Nationalsozialisten gelauret hatten, beschossen worden. Hierbei wurde ein Mann getötet und ein weiterer schwer verletzt. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando verhaftete im Laufe der Nacht mehrere Beteiligte, die sich zum Teil im Hause verborgen hielten. Bei der Durchsuchung des kommunistischen Turnerheims fand die Polizei sieben scharf geladene Pistolen. Auch hier wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Am Sonntag morgen fielen beim Anmarsch der SA-Trupps am Schützenhaus ebenfalls Schüsse. Die Polizei räumte das Lokal und nahm bei den Verhafteten Leibesuntersuchungen vor, wobei fünf geladene Pistolen und ein Gewehr beschlagnahmt wurden. Im Laufe des Tages wurde noch das Haus des Konsumvereins durchsucht, wobei Hieb- und Stichwaffen und eine Schachtel Armeerevolver-Munition neun Millimeter gefunden wurden. Die Untersuchungen der Polizei sind noch im Gange. Insgesamt wurden 130 Zwangsgestellungen vorgenommen.

Eröffnung der Bauausstellung.

In Anwesenheit eines Parquets von nahezu 2000 Ehrengästen aus der Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft wurde in Berlin die Deutsche Bauausstellung, Deutschlands bisher größte Fachschau, eröffnet. Der internationale Charakter der Ausstellung trat äußerlich darin in Erscheinung, daß über dem Ausstellungsgelände die Flaggen von 23 verschiedenen Staaten wehten. Der Eröffnungsspektakel begann mit dem vom Berliner Symphonieorchester zu Gehör gebrachten Vorspiel zu den Meisterliedern. Sodann begrüßte Oberbürgermeister Dr. Sahm die Erschienenen, insbesondere auch die Vertreter der fremden Regierungen; der preussischen Regierung dankte er für die Förderung des Ausstellungswertes.

Für Abrüstung und Revision.

Entschliebung der Internationalen Handelskammer. — Deutsche Rede über den Ozean.

Die Internationale Handelskammer beendete ihren sechsten Kongreß in Washington mit einer Plenarsitzung, in der zahlreiche Resolutionen, 43 an der Zahl, angenommen wurden. Ihren formellen Abschluß fand die Tagung dann mit der Radioübertragung der in Berlin gehaltenen Rede des neugewählten Präsidenten Franz von Mendelssohn, die — obwohl zwischen dem Sprecher und den Hörern der Ozean lag, — außerordentlich deutlich zu vernehmen war. Der spezifische Tonfall der Stimme ist glänzend herausgekommen.

Von den 43 Entschliebungen verdient vor allem die Generalresolution Erwähnung, die eine Rundgebung für die Abrüstung und — in verschleierte Form — für die Revision drückender Verträge darstellt. Die Entschliebung beginnt mit der Feststellung, daß die gegenwärtige Krise keine neuartige Erscheinung ist, sondern lediglich eine Wiederholung von Zuständen ähnlich jenen, gegen die die Welt von Zeit zu Zeit zu kämpfen hat, die jedoch diesmal noch verschärft werden, durch die Folgen des Weltkrieges.

Der erste Punkt konstatiert, daß der „Krieg das größte Hindernis für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt darstellt, und daß die Erreichung eines höheren Lebensstandards in erster Linie von der Erhaltung des Friedens abhängt. Die Kammer lobt daher die Beschränkung der Rüstungen auf das denkbar niedrigste Maß, und drängt darauf, daß diese Bemühungen nicht nur nicht nachlassen, sondern möglichst verstärkt werden. Denn wird dieses Ziel erreicht, dann würde dies alle Völker von schwerer Steuerlast befreien.“

Der zweite Punkt lautet:

„Die internationalen Verpflichtungen sind dem Betrag und den Bedingungen nach zwischen den Völkern festgelegt worden. Die Unantastbarkeit solcher Verpflichtungen ist stets Grundlage für den Bestand des internationalen Handels und für die Ausbreitung von Handel und Industrie. Die Beachtung dieses wesentlichen Grundgesetzes steht indessen nicht im Widerspruch zu einer unparteiischen Prüfung der Wirkungen dieser Verpflichtungen auf den Weltmarkt, wenn veränderte wirtschaftliche Verhältnisse solches rechtfertigen. Eine derartige Prüfung muß auf den Grundsätzen fußen, welche die internationale Handelskammer in ihren Konferenzen niedergelegt hat.“

Im dritten Punkt heißt es: „Innen- und Außenhandel sind durch Befestigung aller Verhältnisse zu fördern. Zolltarife dürfen die Völker nicht in unbilliger Weise unterschiedlich behandeln. Einrichtungen, die von einigen Ländern zum Ausgleich von Zollunsicherheiten getroffen worden sind, müssen unverzüglich in Kraft treten.“ „Alle Staaten müssen sich in dem Bestreben vereinigen, alle ungerechtfertigten Beschränkungen zu beseitigen.“

Im vierten Punkt wird festgestellt, daß die private Initiative und

die private Wirtschaftsführung das wichtigste Mittel

seien, den Fortschritt der Industrie zu sichern und die allgemeine Wohlfahrt zu mehren. Der letzte Punkt der Generalresolution ist darauf aufgebaut, daß die Staatsausgaben stets die Tendenz hätten, über die Einnahmen hinauszugehen, und daß die längere Duldung dieser Erscheinung den Haushalt der Länder ernstlich bedroht. Ein gesunder Staatshaushalt dürfe keine Steuerlasten auferlegen, die produktive Unternehmungen schädigten und die Arbeitslosigkeit vermehren.

Die Rede des Präsidenten Franz von Mendelssohn, die von der Kammer mit starkem Beifall quittiert wurde, war ein Appell zur Wirtschaftsführung im Geiste der Zusammenarbeit. Die Technik — so führte Franz von Mendelssohn aus — hat die Entfernungen verringert. Damit sich nun die Sachen nicht allzu hart im Raume stoßen, bedarf es mehr als früher der Befähigung auf die Gemeinsamkeit und des Dienstes an ihr.

Eingesperrrter Reichtum verdorrt.

Der Wohlstand des Gläubigers wird gefährdet, wenn die Lasten den Schuldner erdrücken und die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen fruchtbarer Arbeit gefährdet. Der Verkäufer bedarf der Kaufkraft des Käufers. Es gibt keine Methoden, wirtschaftlichen Wohlstand dauerhaft in einem Lande zu isolieren. Eingesperrrter Kapitalreichtum verdorrt, der aber, der an sich fruchtbar, aber ausgetrocknetem Boden zugeführt wird, wird fruchtbar im Ausfließen wie im Rückstrom. Das gilt besonders für Europa, das noch immer und mehr als früher in wirtschaftlichen Absperrungen und Abgrenzungen verharrt, die zu Kapitalverlusten, zu Entwicklungshemmungen, zu Arbeitslosigkeit führen müssen.

Vor der Wahl in Oldenburg.

Große Hitlerkundgebung in Oldenburg.

Oldenburg, 11. Mai. Aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen fand am Sonntag in Oldenburg eine große Hitler-Kundgebung statt, zu der SA-Abteilungen aus dem Land Oldenburg, aus Bremen, aus Hamburg und aus den anliegenden preussischen Bezirken erschienen waren. Anschließend an einen Zug durch die Stadt, an dem sich etwa 5000 SA-Leute beteiligten, fand eine große Kundgebung auf dem Pferdemarkt statt, zu der sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte. Es sprachen erst der Reichstagsabgeordnete Frank H. Münnich und der Gauführer des Gaues Braunschweig-Hannover. Die Ansprachen wurden durch Lautsprecher übertragen. Anschließend richtete Hitler an die Volksmenge die Mahnung, bei den Wahlen am kommenden Sonntag ihre Pflicht zu tun und den Nationalsozialisten die Stimme zu geben. Dann erfolgte der Vorbeimarsch an Hitler, der eine Stunde dauerte.

Im Laufe des Tages kam es zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Verschiedene Personen erlitten leichtere Verletzungen. Ein Schwerverletzter mußte in das Krankenhaus überführt werden.

Frankreichs Front gegen Deutschland.

470 gegen 0.

Kammer verurteilt Zollunion.

— Paris, 11. Mai.

Die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer hat Klarheit über die Taktik geschaffen, die Frankreich in der Frage des österreichisch-deutschen Zollvertrags in Genf zu verfolgen gedenkt. Mit 407 gegen 0 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die besagt: „Die Kammer bekräftigt erneut ihr Bekenntnis zur Politik der internationalen Verständigung und der weitestgehenden und loyalen Zusammenarbeit der europäischen Völker. Sie verurteilt das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion, das im Widerspruch mit dieser Politik und den Verträgen steht.“

Gegenüber dem ersten Entwurf unterscheidet sich diese Erklärung dadurch, daß die Verurteilung uneingeschränkt ausgesprochen worden ist, während in dem ursprünglichen Entwurf nur von einer „formellen“ Verurteilung die Rede war. Weitere Inhaltspunkte gibt eine Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Cabal, die vor der Abstimmung abgegeben wurde und in der es hieß:

„Die Vertreter Frankreichs in Genf werden zum Ausdruck bringen, daß die Erregung Frankreichs auf Grund des versuchten wirtschaftlichen Anschlusses sich noch nicht gelegt hat. Wir können uns nicht denken, daß der Völkerverbund eine so brüderlich angekündigte Zollunion zulasse. Das Geheimnis der Verhandlungen und die Möglichkeit ihrer Enthüllung gestatten die Frage, ob die Zollunion nicht der erste Schritt zum Anschluß ist. Der mit dem Zwischenfall durch England befaßte Völkerverbund wird sich nicht damit abfinden, den Grundlagen der Verträge von Versailles und Germain Abbruch tun zu lassen. Da Deutschland und Österreich sich auf Notwendigkeiten wirtschaftlicher Art berufen, fordern wir sie auf, sich mit uns zusammenzuschließen für die Verwirklichung des Planes einer Wirtschaftsunion, den wir vorgeschlagen haben.“

Die französische Kammer ist sich also von links bis rechts einig in der Ablehnung des österreichisch-

deutschen Unionsvertrags. Das zeigen die Abstimmungsziffern, das offenbaren aber auch die Reden der verschiedenen Parteiführer, unterscheidet sich doch der Sozialist Grumbach nur dadurch von den radikalen Schreibern, daß er von einer „geplanten“ Verletzung der Verträge sprach, und der Führer der Radikalen, Herriot, pflichtete offen der These bei, nach der der Zollvertrag den Friedensverträgen widerspreche. Man könne zwar für eine Revision der Verträge sein, meinte Herriot, aber dann müsse man doch „einseitige Revisionen“ ablehnen. Der einzige Aktivposten der mehrtägigen Debatte ist vielleicht nur der, daß Franklin-Bouillon und Louis Marin keine sonderliche Wirkung auf das Haus mehr ausüben konnten. Liegt das daran, daß jetzt auch in Paris erkannt wird, daß es mit einem bloßen Reinsagen nicht mehr getan ist?

Der Eindruck in Deutschland.

— Berlin, 11. Mai.

In Berlin erblickt man in der Rede des französischen Außenministers eine Art Kandidatenrede für die Präsidentschaftswahl am Mittwoch. Dabei überfliehet man selbstverständlich nicht, daß Briand in der Frage der Zollunion auch nicht ein einziges berechtigtes Argument vorzubringen vermochte. Man muß also damit rechnen, daß Frankreich in Genf lediglich politische — also unberechtigte — Einwände geltend machen wird. Der Hinweis auf die Welterregung ist übertrieben! „Erregung“ gab es nur in Paris und Prag, und da war sie künstlich. Wenn Briand zugeb, daß der Zollvertrag einen wirtschaftlichen Charakter hat, dann ist das in dem Munde eines französischen Staatsmannes neu.

Was nun die Verurteilung des Zollvertrags durch die Kammer angeht, ist das eine Entmischung in österreichisch-deutsche Angelegenheiten, zu der dem französischen Parlament die Befugnis fehlt!

In der der Sitzung des Völkervertrats folgenden Plenarsitzung stimmte der Landtag einem sozialdemokratischen Antrag in der Ausschussfassung zu, wonach die Regierung sofort Mittel für die planmäßige Fortsetzung der Landgewinnungs- und Ufersicherungsarbeiten an der Nordsee, in den Regierungsbezirken Schleswig und Lürich bereitstellen soll. Weiter wurde ein Gesetzentwurf endgültig verabschiedet, der 3 259 000 Reichsmark für den Ausbau des staatlichen Bades Bormont bewilligt. Die Tatsache, daß diese Mittel bereits vor der Bewilligung verwendet wurden, wurde in der Aussprache kritisiert.

Ohne Aussprache stimmte der Landtag dem Gesetzentwurf über Eingemeindungen in die Stadt Glogau endgültig zu. Ein anderer Gesetzentwurf, der die Aufnahme von Anleihen sowie die Übernahme von Wirtschaften durch Kommunen von staatlicher Genehmigung abhängig macht, wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zustimmung fand auch der Antrag des Hauptausschusses, wonach die Gewährung von Staatsdarlehen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen an die Bedingung geknüpft werden soll, daß Gemeinden oder Gemeindeverbände die Bürgschaft für die Darlehen übernehmen. Auf die Reichsregierung soll eingewirkt werden, daß bei der Gewährung von Staatsdarlehen im gleichen Sinne verfahren wird.

Der Schluß der Sitzung galt der Beratung von Anträgen auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung nationalsozialistischer, kommunistischer und eines deutschen Abgeordneten. Mit der Beratung verbunden war ein Antrag, dem Abg. Gohse (Nat.-Soz.) wegen Mißbrauch seines Abgeordnetenamtes die schärfste Mißbilligung auszusprechen.

Unter Zurückstellung der Abstimmung über diese Anträge auf Mittwoch vertagte sich der Landtag dann auf Montag; auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Staatshaushaltsplans.

Volksentscheid Anfang August?

— Berlin, 11. Mai.

Wie verlautet, wird der Gesetzentwurf über die Auflösung des Preussischen Landtags, der dem Stahlhelm-Volksbegehren zugrunde lag, voraussichtlich Ende Juni im Plenum des Landtages zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, daß für den Volksentscheid selbst einer der beiden ersten Sonntage im August, der 2. oder 9. August, festgesetzt werden wird.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Jöllenbeck. Am Himmelfahrtstage, nachmittags 3 Uhr wird in der Kirche zu Jöllenbeck das alljährlich stattfindende Fest der Inneren Mission gefeiert. Als Festprediger sind gewonnen: Pastor Sussemeyer, Preussisch-Oldendorf und Pastor Rohlfing, Serford-Laar. Zu dieser Feierstunde wird herzlich eingeladen.

Berichtigung.

In dem Artikel der Muttertagbeilage „Was will der Muttertag?“ ist in den letzten Absatz ein ziemlich deutlicher Druckfehler hineingekommen. Es heißt dort: „Es ist den Frauenverbänden und anderen Kapitalistenverbänden hoch anzurechnen.“, muß aber heißen: „Es ist den Frauenverbänden und anderen karitativen Verbänden hoch anzurechnen.“.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag, 8½ Uhr in „Ephrata“: Männerchor. Ueben für Himmelfahrt. — Himmelfahrt sind wir im Senneheim. Nach 1½ Uhr ab Dorflinde. — Freitag 7½ Uhr: Vorstand. Selbsterziehung in Gosen. Anschließend Bibelstunde.

— Eine Tula-Damenarmbanduhr in Bethel verloren oder verkehrt abgegeben. Wiederbringer erhält Belohnung. Abzugeben in der Pförtnerstube.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Kleinarbeit im Landtag.

Am Mittwoch Beginn der Pfingstferien.

— Berlin, den 9. Mai 1931.

Der Völkerverrat des Preussischen Landtags regelte den Arbeitsplan des Parlaments dahin, daß am Mittwoch die Pfingstferien beginnen und am 8. Juni die Beratungen mit der Verhandlung über den preussischen Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen wieder aufgenommen werden sollen. Am Dienstag soll das Polizeiverwaltungsgesetz, das in der Freitagssitzung — die sich von mittags 12 Uhr bis 1 Uhr morgens erstreckt hatte — in zweiter Lesung angenommen worden war, in dritter Lesung verabschiedet werden.

Gemeinnütziger Baubund der Betheler Haupt- und Zweiganstalten e. G. m. b. H. Bethel bei Bielefeld

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva:	Passiva:
Siedler-Grundstücke RM. 79 659,52	Geschäftsguthaben RM. 14 172,-
Bau-Hypotheken „ 72 980,66	Sparguthaben der Genossen „ 99 346,02
Gewinn- und Verlust-Konto: Verlust pro 1930 „ 261,45	Kreditoren „ 25 370,70
	Hypotheken „ 11 700,-
	Grundbesitz-Reserve „ 1 289,47
	Reserve „ 1 023,44
	RM. 152 901,63

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 1. Januar 1930 bis 31. Dez. 1930

Ausgaben:	Einnahmen:
Ankosten RM. 489,86	Zinsen RM. 228,41
	Verlust 1930 „ 261,45
	RM. 489,86

Mitgliederbewegung 1930

Mitgliederstand 1. 1. 1930 155 Mitglieder	
Zugang an Mitgliedern 15 „	
Abgang in 1930 13 „	
	Stand 31. 12. 1930: 157 Mitglieder

Gadderbaum-Bielefeld, den 20. April 1931.

Zum Ferienaufenthalt

empfiehlt sich

Erholungsheim „Waldrast“

Münsingen (Schwab. Alb 800 m über d. M.)

Vorzügliche, nervenstärkende Albluft. Gute Unterkunft und Verpflegung. Prächtige Laubwälder, unmittelbar beim Haus.

Bis 1. Juli stark ermäßigte Preise.

Prospekte durch Verwalter Eismann.

Junge, christl. Eheleute suchen ein

Darlehen

gegen 2. Hypothek auf Neubau. Höhe RM. 2000. Gläubiger Geldgeber werden bevorzugt. Zuschriften an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unt. A 1468 erb.

Gebildete alt. Christin — erfahren in neuzeitl. Küche — sucht

Stellung

bei alleinstehendem Herrn für Taschengeld. Postl. Berned im Fichtelgeb., Chiffre K.

Für die uns bewiesene Teilnahme beim Heimgegangener unserer lieben Mutter, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.

Familie Dickel-Gloeckner

Tecklenburg

im Teutoburger Wald

Evangelisches Volkshochschulheim in schönster Lage am Walde — Bäder im Hause — Schwimmbad — gute Verpflegung — Hausanricht — nimmt Erholungsgäste auf. — Zimmer von 3.50 bis 5.— Mk.

Sommerfrische

Am Fuße des Teutoburgerwaldes. Schöner großer schattiger Garten. Biegewiese, Liegestühle, Pensionen preis 3,75 Mk. Keine Nebenkosten. Frau Wesselmann, Obersteinhagen 307 Station Quelle.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM. 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. *) Nichtzutreffendes streichen.